Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7791**
17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Änderungsantrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Katja Dörner, Sven-Christian Kindler, Dr. Tobias Lindner, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Katrin Göring-Eckardt, Ingrid Hönlinger, Memet Kilic, Maria Klein-Schmeink, Markus Kurth, Jerzy Montag, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Einzelplan 06 Kapitel 06 33 – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – wird der Titel 684 02 „Durchführung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung“ um 52,3 Mio. Euro auf 276,377 Mio. Euro und der Titel 684 04 „Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern“ um 1 Mio. Euro auf 19,18 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 22. November 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung möchte die Haushaltsmittel für die Integrationskurse lediglich um 6 Mio. Euro auf 224 Mio. Euro erhöhen. Dies reicht bei Weitem nicht aus.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 53,3 Mio. Euro vor, um die großen Strukturprobleme der Integra-

tionskurse zumindest ansatzweise zu lösen. Dieser Mitteleinsatz setzt sich aus einer Erhöhung für die Lehrkräftehonorare in Höhe von 32,3 Mio. Euro, zusätzlichen Mitteln für die Schaffung weiterer Kursplätze in Höhe von 20 Mio. Euro sowie einer Aufstockung für die sog. niedrigschwelligen Frauenkurse um 1 Mio. Euro zusammen.

Über 17 000 Dozentinnen und Dozenten arbeiten derzeit in den Integrationskursen. In vorbildlicher Weise unterstützen sie jedes Jahr Tausende von Menschen dabei, ihre Teilhabechancen in unserem Land mittels der erworbenen Sprachkenntnisse zu verbessern. Dennoch werden diese – zumeist freiberuflichen – Lehrkräfte im Hinblick auf vergleichbare Berufsgruppen nachweislich am schlechtesten vergütet. Von 2009 bis 2011 sind deren Honorare sogar erneut auf 18,14 Euro gesunken (vgl. Bundestagsdrucksache 17/7004). Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt vor, die Haushaltsmittel aufzustocken, um eine Mindestvergütung von zunächst 24 Euro pro Stunde sicherzustellen – also eine Steigerung des Durchschnittshonorars um rund ein Drittel.

Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Insofern schlägt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ferner vor, zusätzlich 20 Mio. Euro für die Schaffung von 13 000 neuen Kursplätzen bereitzustellen. So sind z. B. die Teilnehmendenzahlen der sog. Alteingewanderten seit einigen Jahren rückläufig. Von 2009 auf 2010 ist deren Anzahl sogar um 40 Prozent gesunken (vgl. Bundestagsdrucksache 17/7075). Auch sollen Bleibeberechtigte (§ 104a des Aufenthaltsgesetzes) und subsidiär geschützte Personen (§ 25 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes) von weiteren Kursplätzen profitieren und einen Anspruch auf Kursteilnahme erhalten. Vor diesem Hintergrund ist die Bundesregierung aufgefordert, diese Zielgruppen mit gezielter Werbung zur Teilnahme an den Integrationskursen zu ermutigen und ihnen ausreichend Kursplätze zur Verfügung zu stellen.

Schließlich soll das Kursplatzangebot der sog. niedrigschwelligen Frauenkurse ausgebaut werden. Mit den Kursen werden Einwanderinnen angesprochen, die durch konventionelle Integrationsangebote oft nicht erreicht werden können. Seit Jahren werden ihnen hier erfolgreich Brücken gebaut, um ihnen eine spätere Teilnahme an einem Integrationskurs zu ermöglichen. Tatsächlich liegt die Nachfrage der Einwanderinnen an diesem speziellen Kursangebot regelmäßig weit über den zur Verfügung stehenden Kursplätzen. Mit der hier vorgeschlagenen Aufstockung des Haushaltstitels um 1 Mio. Euro sollen die seit 2005 erfolgten Kürzungen so ausgeglichen werden, dass möglichst viele interessierte Frauen einen Kursplatz erhalten.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333